

# Dresdner Volkszeitung

Poststedtische: Dresden,  
Raben & Comp., Nr. 1288.

## Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bonifizante:  
Gebr. Arnhold, Dresden  
und Sächs. Staatsbank.

Bezugskreis einschließlich Brüderlohn mit den wöchentlichen Beiträgen „Rath der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10, Telefon 25201.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10, Telefon 25201.  
Geschäftsszeit von 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 29 mm breite Komparellage 20 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 25 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietangebote 40 Prog. Rabatt. Für Briefniedriglegung 10 Goldpf.

Nr. 269

Dresden, Montag den 17. November 1924

35. Jahrg.

## Ausflüchte der Unternehmer

Die sozialpolitische Reaktion an der Arbeit

Unsere Unternehmer joahten fort, die Schuld an unserem hohen Preisniveau auf die hohen Löne zu schieben. Der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände haben einen Auftrag erlassen, in dem sie sagen, daß Deutschland in der Kriegs- und Nachkriegszeit ein verarmtes Land geworden ist, die herrschende Not aber mehr vermehrt durch eine fortwährende Wirtschaftskrise als Folge einer falschen Innopolitik. Mit den jetzt durchgesetzten Steuerermäßigungen sind sie nicht zufrieden. Sie verlangen eine viel umfangreichere Steuerreform. Den Forderungen, die sie dabei aufgestellt haben, wird man zum Teil beistimmen können, so, wenn sie verlangen, daß die Uniaufsteuer noch viel mehr ermäßigt werden muß. Aber sie fordern auch, daß jede Theorieierungspolitik in Reich, Staat und Gemeinden unterbleibt, eine Forderung, gegen die wir uns ganz entschieden wenden müssen. Wir hatten es vielmehr für dringend notwendig, daß Staat und Gemeinden größere Kapitalien anstreben, damit sie nicht gezwungen sind, zu hohen Zinsen beim Privatkapital Anleihen einzutragen. In dem Auftrag ist ferner noch von der Notwendigkeit der Errichtung der Eisenbahntrasse die Rede und so kommt die Hand auf.

Es folgt die bei unseren Arbeitgeber-Organisationen weitere Attacke gegen die Verkürzung der Arbeitszeit und gegen das „Dienstauftreten der Löne“. Durch würde die Produktion verteuert und deshalb könnten aus internationalem Bindungen über die Arbeitszeit nicht zu einem werden, wenn dadurch die Beibehaltung der Vorfragerarbeitzeit unmöglich gemacht und obendrein eine internationale Kontrolle der deutschen Arbeitstätigkeit zugelassen werde. Das deutsche Volk dürfte sich nicht durch Schlagworte über die wahre Lage hinwegtäuschen lassen.

Also hier ist es mit düren Worten ausgesprochen, daß die Unternehmer die Fortschritte rastlos besiegen wollen, die seit der Revolution bei der Gestaltung der Weltarbeitszeit erfolgt wurden. Dass sie unter diesen Umständen von dem Sozialreformer nichts wissen wollen, ist nur zu natürlich. Es soll genau wieder werden wie in der Vorfragerarbeitzeit und natürlich dürfen auch die Löne nicht „hinausgetrieben“ werden. Der Arbeiter soll sich mit den Hungerlöhnen begnügen, die jetzt bezahlt werden. Es zeugt von einem großen Maße von Kurzichtigkeit, wenn unsere Unternehmer glauben, daß sie nur bei langer Arbeitszeit und niedrigen Lönen konkurrenzfähig sein können. Wissen die Leute wirklich nichts davon, daß in Deutschland die Löne viel niedriger sind als in den meisten anderen Staaten? Glauben

sie wirklich, daß man mit Arbeitern, die kaum so viel verdienen, daß sie sich ordentlich sattessen können, gut und billig arbeiten kann? Können unsere Unternehmer jetzt trotz den heutigen niedrigen Lönen ihre Preise wirklich nicht herabsetzen, dann liegt das entweder an ihrer Unfähigkeit, ihre Produkte richtig zu organisieren und richtig zu kalkulieren, oder es liegt eben daran, daß eine so schlecht bezahlte Arbeit in Wirtschaftlichkeit nicht stützt, sondern teurer zu stehen kommt, weil die Leistungsfähigkeit niedriggeholter Arbeiter zu gering ist.

Die deutschen Arbeiter tun gut daran, sich zu merken, was hier von den Unternehmern gefordert wird. Sind im nächsten Reichstag die Parteien mächtig, die die Gewalt in der Unternehmer befürworten, kommt der von gewissen Leuten so ehrlich ersehnte Bürgerkrieg, dann müssen wir mit der sozialpolitischen Reaktion rechnen. Dann bekommen wir eine grobkapitalistische Erfurthordnung in jeder Beziehung gefährliche Auswirkungen, die alles, aber auch alles tut, um die Löne niedrig zu halten und die Arbeitszeit zu verdängeln. Deshalb ist es dringend notwendig, daß am 7. Dezember das deutsche Volk den Herren vom Reichsverband der deutschen Industrie und ihren Freunden die gebührende Antwort erteilt.

## Hakenkreuzlerischer Bandalismus

München, 15. November. (Sig. Drabik.) Auf dem in der Hochblüte der Hitlerzeit in Bohemia am 15. und 16. September 1923 veranstalteten „Deutschen Tag“ in dem schwäbischen Städtchen Neuburg an der Donau verübten die Nationalsozialisten eine große Zahl von Gewalttaten gegen die Bevölkerung. Sie drangen schwerbewaffnet in Arbeitshäuser ein, deren Bewohner ihnen als Sozialdemokraten benannt wurden, und mißhandelten die Unschuld auf das schrecklichste. Auch bei den öffentlichen Demonstrationen gab es mehrere Schwerbeschädigte. Nunmehr hatten sich vor dem Schöffengericht in Neuburg 12 dieser Banditen zu verantworten, unter ihnen der Stadtrat ammann von Augsburg, Dr. Alois Hartl. Einmalige Anklagungen lobten die Hauptschuld auf den mitangesagten Kaufmann Eberhard aus Heilbronn, der vor einiger Zeit aus dem Gefängnis in Annaburg, wo er wegen eines Betriebs eingesperrt war, quittiert, aber gesucht wurde. Die Verhandlung nahm zwei Tage in Anspruch. Das Urteil wird am 20. November verkündet.

## Wilhelm II. als Selbstmordkandidat

Der Chefredakteur des Berliner Tageblattes, Theodor Wolff, veröffentlichte dieser Tage im Verlag für Kulturpolitik ein Buch: „Das Vorspiel“, in dem er die schnelle Entwicklung der wilhelminischen Ära von der byzantinischen Scheinprobe zum völligen Zusammenbruch schildert und begründet. Wie uns mitgeteilt wird, steht sich dieses Werk, das im Gegensatz zu den „Vorwürfen“ keine Wiedergabe früherer T.-W.-Artikel, sondern eine völlig neue politisch-schichtliche Arbeit darstellt, auf eine ganze Anzahl bisher unveröffentlichter Dokumente, insbesondere Kaiser- und Bülow-Briefe.

Aus der Neuerscheinung sei hier ein Abschnitt wieder gegeben, der schon deshalb von hohem Interesse ist, weil er das Bild des Ungläubigen vervollständigt, der zum Leidweisen seiner Begierden auf Deutschlands Thron saß. Hier tritt Wilhelm II. in einer ganz neuen Rolle auf, nämlich als Selbstmordkandidat!

Die Dinge spielen in der Zeit nach der Zusammenkunft Wilhelms II. mit dem Jaren in Björk. — Der Reichskanzler lehnte es ab, die Verantwortung für die diplomatischen Eignungsgleichen seines kaiserlichen Herrn zu übernehmen und reichte, wie erst viel später bekannt wurde, sein Entlassungsgebot ein. Dazu schreibt Theodor Wolff:

„Wahrscheinlich ruht in verschlossenen Archiven und festgemachten Postkabinen kein ähnliches Schriftstück wie der Brief, in dem Wilhelm II. am 11. August 1905 den wohl nicht unbewußt angedachten Fürsten Bülow anslehte, neben dem Throne auszuhallen. Der Brief wurde in Wilhelmshöhe geschrieben, und seine Eröffnung blieb natürlich, wie das Diktionsgebot Bülow und die ganzen Vorgänge in und um Björk, dem Volke verborgen, bis man ihn, gut aufgemahnt, zwischen den andern Papieren des Auswärtigen Amtes fand.“

Wilhelm II. sage in dem Schreiben . . . . er habe ihm, dem Reichskanzler, nur vorausarbeiten und zu helfen versucht. Er habe der Fürst ihm „ein paar lächerliche Zeilen“ und seine Entlassung geschickt. „Vom besten, intimsten Freunde, dem ich habe, so beharrlich zu werden, ohne Angabe eines Rückhaltes gestanden, daß das mit einem solchen furchtbaren Stoß gegeben, daß ich vollkommen zusammengebrochen bin und befürchten muß, einer schweren Herdenkrankheit anheimzufallen.“ Er beschreibt den Freund, ihm das nicht anzutun: „Ihre Person ist für mich und unser Vaterland hunderttausend mal mehr wert, als alle Verträge der Welt . . . . Ich habe sofort beim Kaiser (von Bülow) Schritte getan, die diese beiden Börsen abschaffen oder eliminieren sollen.“ Gabe ihn nicht Bülow gegen seinen Willen „in Langer vingesetzt“? Sicherlich erinnerte er den Reichskanzler an die Begebenheit und die Gefahren, vor denen in Tanger sein Leben bedroht (1) gewesen sei. „Ich bin Ihnen zu danken, weil es das Vaterland er-

heischt, gelaudet, auf ein fremdes Viech (!!! Dr. Red.) trock meiner durch den verkrüppelten linken Arm behinderten Reitfähigkeiten getrieben, und das Viech hätte mich um ein Haar und 2 den geraut, was Ihr Einiges war! Zug zu machen zwischen den spanischen Nachstufen durch, weil Sie es wollen und Ihre Pointe davon profitieren sollten, und jetzt wollen Sie mich, wo ich das alles — und, wie ich überzeuglich glaube noch weit mehr — für Sie getan, einfach lassen lassen, weil meine Zeitung Ihnen zu ernst erscheint!“ Aber Bülow, das habe ich nicht um Sie verdient! Nein, mein Freund, Sie bleiben im Amt und bei mir und werden mit mir gemeinschaftlich meine Amtshandlung ad majorem Germaniam gloriam. („Zum gejäherten Ruhm Deutschlands“ Dr. Red.) Sie sind mir durch meine diesjährige Verwendung ja geradezu verpflichtet. Sie können und dürfen mir nicht vorschreiben, damit wäre Ihre ganze eigene diesjährige Politik von Ihnen selbst bedauert und ich auf ewig blaue! Was ich (in dem Briefe unterstrichen) nicht überleben kann!“ Ein Polizeipunkt befragte: „Der Wagen nach dem Gutecken Ihres Aufenthaltsgebiedes würde den Kaiser nicht mehr am Leben treffen, und die vergesselte Wohnung: „Denken Sie an meine arme Frau und meine Kinder!“, bildete den melodramatischen Schluss.

Es wäre vielleicht ad majorem Germaniam gloriam besser gewesen, wenn Bülow sein Abschiedsgesuch doch eingegangen, zugleich aber allerunterjährigst S. M. in eine Anstalt hätte bringen lassen, ähnlich wie manche seiner königlichen bayrischen Väter. Aber auch dann wäre seine eigene Gewissensbisse gewesen, daß Deutschland vor weiterem Schaden bewahrt geblieben wäre, denn der Thronfolger hatte zwar gesündigte Herzen, aber schwamm damals doch im alldeutschen Haftrwasser. Diese Erwidigung mag Bülow veranlaßt haben, sein Entlassungsgebot nicht einzurichten.

Zum Abriegen: Wer glaubt, daß Wilhelm wirklich jemals Selbstmord verübt hätte? Zum Selbstmord gehört immerhin etwas Mut. Und wer noch monatelang bei dem blauen Gedanken zittert, daß er einmal ein fremdes Viech geritten hat, der wird schon nicht die Entschlusskraft aufbringen, sich ins Jenseits zu begeben. Wenn je Wilhelm einen Anfall gehabt hätte, Selbstmord zu begehen, oder wenigstens den Tod zu suchen, so doch in den Novembertagen von 1918. Aber auch d' weiß zug er es vor, den Weg nach Holland zu nehmen.

Diese Selbstmorddrohung trägt alle Merkmale jener Verzweiflungslimmung, die heranwachsende Kinder in den Zwanzigerjahren bei oft richtigen Anlässen durchmachen. Sie ist ein neuer Beweis für die bereits aus Tagenen von Zeugnissen bekannte Tatsache, daß Deutschland 20 Jahre lang von einem schweren Psychopathen regiert worden ist.

## Das Parteiblatt des Oberbürgermeisters

Ein kommunalpolitischer Parteidandal

Wir haben die parteidpolitische Einstellung des Dresdner Anzeigers mehrfach hervorgehoben; sie tritt neuerdings wieder besonders handlich hervor. Uns sind deshalb mehrere Zeitschriften — darunter auch solche aus demokratischen Kreisen — zugegangen. Wie geben nachstehend eine solche Zuschrift aus unserem Referat?

Der Dresdner Anzeiger wird nicht von irgend einer politischen Partei materiell unterstützt oder ausgehalten. Er erscheint und wird herausgegeben als Eigen-tum der Dr. Günzschens Stiftung zu Dresden, wie deutlich an seinem Kopfe zu lesen ist. Nutznießerin dieser ganzen sehr reichen Stiftung ist die Stadt Dresden unter der Voraussetzung, daß ihre Bestimmungen streng eingehalten werden. Wie werden nun im Dresdner Anzeiger die dieses Blatt betreffenden Vorschriften besetzt?

Die Stiftungsbestimmungen sagen ausdrücklich, daß der Dresdner Anzeiger allen politischen Parteien gegenüber eine neutrale Haltung einzunehmen und soweit als irgend möglich unparteiisch sein soll. Die Redakteure haben sich streng an diese Vorschrift zu halten, im übrigen ist ihre Stellung durchaus selbstständig. Anders kann man es sich eigentlich vorstellen: auch kaum vorstellbar bei einer Zeitung, die von der Stadtbehörde herausgegeben und verwaltet wird. Es ist jedoch ganz anders! Die politische Redaktion des Dresdner Anzeigers übertritt Tag für Tag die oben erwähnte Bestimmung! Das Blatt ist seinem politischen Inhalt seiner ganzen Tendenz nach ein Parteiorgan der Deutschen Volkspartei. Daraus wird auch kaum ein Heft mehr gemacht. Der Anzeiger zeigt sich besonders jetzt in der Wahlkampfzeit als getreuer Freidolin dieser Partei Moritz „Volksgemeinschaft“ nach Stresemann-Muster. Man sieht sich nur einmal die letzten vier oder fünf Nummern an. Seiten- und Spaltenlang wird da über den Parteitag der Deutschen Volkspartei in Dortmund geschrieben und berichtet. In einem Ton und einer Aufmachung, nach der man annehmen müßte, es handele sich um ein Weltereignis. Besonders die an die schlimmste Ortsansinerei erinnernde Verhimmung Stresemanns mutet an, als ob sich ein Hofstaat in den Spalten dieses städtischen Blattes befändige. Und der Hauptredakteur hat es für seine Amtspflicht (1) gehalten, selbst nach Dortmund zu reisen, um die Spaltenregie in seinem Blatt von Ort und Stelle aus zu betreiben. Die bekannten „drei Tränen“ sind diesmal nicht dabei herangeflossen, aber ein Leitartikel über „Einigkeit und Recht und Freiheit“, der geradezu eine Vergötterung Stresemanns und der Deutschen Volkspartei ist.

So geht es nun im Dresdner Anzeiger schon seit langer Zeit. Auf der andern Seite mischt sich das Blatt ganz überaus in ausdrücklichster Weise in die inneren Angelegenheiten anderer Parteien. Seine Hauptaufgabe — neben der Förderung der Deutschen Volkspartei — erblidet es z. B. darin, die Sozialdemokratische Partei Sachsen zu verhöhnen und auszuschändern. Stilyroben wurden unsern Lesern wiederholt gegeben.

Die frappellose Nebentreibung der Vorschriften, nach denen sich die Redaktion des Dresdner Anzeigers richten soll, geht also nach zwei Richtungen: Förderung der Deutschen Volkspartei nach allen Regeln journalistischer Kritik und gehässige Einstellung gegen die Sozialdemokratische Partei! Das ist um so bezeichnender, als die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion die größte im Stadtparlament, die deutsche Volkspartei aber nur eine kleine Gruppe ist. Solche bemerkenswerte ist dieses Treiben des ehemaligen Amtsführers auch deshalb, weil Herr Oberbürgermeister Dr. Ulrich Verwalter der Günzschens Stiftung, Mitglied der Deutschen Volkspartei und Landtagsabgeordneter ist. Nur der Vollständigkeit wegen sei noch erwähnt, daß der jeweilige Vorsteher der Günzschillung für seine mühevollen Arbeit eine sehr graue Vergütung — früher, vor dem Kriege, waren es 10.000 Mark pro Jahr — bezahlt.

Man vergleiche und überlege alle diese Verhältnisse! Der gegenwärtige Zustand mit dem Dresdner Anzeiger wird dann jedem objektiv Denkenden, welcher Partei er auch angehört, ganz unhalbar und unmöglich erscheinen!

In früheren Jahren hat es bereits im Stadtparlament Debatten gegeben. In der Sitzung am 18. April 1907 wurde der Dresdner Anzeiger der sozialdemokratischen Fraktion durch ihren Redner, Genossen Flechner, sehr scharf angegriffen, weil er im Wahlkampf zur Reichstagswahl die Sozialdemokratische Partei in der gehässigsten Weise immer und immer wieder angegriffen und verunglimpft hatte. Das beigebrachte lachliche Material gegen den Anzeiger ergab damals Aufsehen, weil über die lokalen Grenzen hinaus, auch liberale Blätter erklärten, die sozialdemokratische Kritik sei berechtigt. Ein bürgerlicher Stadtverordneter betonte, die Kritik sei von „solofalter Weise“ gewesen. Das war noch unter Oberbürgermeister Bentler. Der Fall des Wulffstritts stand und andere kamen hinzu, so daß es auch in späteren Sitzungen Anzeiger-Debatten gab.

Diese Aktionen hatten etwas gewirkt. Heute aber sind die tragischen Zustände schlimmer denn je! Damals hielt man im Dresdner Anzeiger die Sozialdemokratische Partei als ein geeignetes Objekt für gehässige Kampfsweise. Allen anderen Parteien gegenüber suchte man die vorgeschriebene Neutralität zu wahren. Heute aber betreibt das Blatt den Kampf gegen die Sozialdemokratie weiter, wenn auch in etwas anderer, scheinbar mildester Form. Dazu aber ist gekommen,